

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang Dresden, Dienstag den 18. November 1930 Nummer 269

Reformistisches Streikbruchprogramm gegen die Metallarbeiter

SPD-Betriebsrat für Lohn- und Gehaltsraub

Betriebsratsvorsitzender Pabig, Gußstahlfabrik Döhlen, für Realisierung des sächsischen Metallschiedspruchs
Metallarbeiter, Alarm! Sofortige Bildung der einheitlichen Kampffront gegen den Lohnraub! Kein Metall-
betrieb ohne eigene Kampfleitung! Stärkt die Betriebsgruppen der KPD! Nieder mit den Streifbrechern!

Der Betriebsrat unter seinem SPD-Vorsitzenden Pabig von der Sächsischen Gußstahlfabrik Döhlen hat an das Organ der Deutschen Volkspartei, den „Dresdner Anzeiger“, das Programm der Reformisten zur Austrichterhaltung des Betriebes mitgeteilt. Am Schluß des längeren Schriftsatzes wird wörtlich gesagt:

„Zu den genannten Voraussetzungen muß eine weitgehende Sanierung treten, an der sich der sächsische Staat bekanntlich stark beteiligen wird. Dadurch und im Verein mit bereits angebotenen Steuererleichterungen, Energieprezedenzen und freiwilligen Senkungen der Löhne und Gehälter ist Döhlen bereits in der augenblicklichen Wirtschaftskrise tragbar.“

Das ist in wenigen Worten an einem konkreten Beispiel das Programm der Trübsmagnaten. Pabig bietet den Kapitalisten eine freiwillige Senkung der Löhne und Gehälter dieses Maßstabes an. Pabig weiß sehr genau, in welchem unerhöhtem Maße die Arbeiter gerade dieses Betriebes ausgeplündert werden, welche zehntausend Profite das Gußstahlwerk aus den Ärmeln der Arbeiter geschunden hat. Vor nicht allzu langer Zeit erst verlangte dieses laibliche Komitium vom Stahltrust eine Entschädigung vom Metallarbeiterverband wegen eines Streiks in Höhe von 300 000 Mark, 300 000 Mark Profit in zwei Monaten. Das war die Begründung für die unerhörte Forderung der Stahlgesellschaften. Sowohl die sächsische Regierung, als auch die sozialdemokratische Presse haben mit aller Deutlichkeit

betont, daß die Profite des Gußstahlwertes Arbeit-Döhlen groß sind. Trotzdem hat die Sozialdemokratie bereit, die Belegschaften an die Stahlbarone zu veräußern.

Diese Aktion des betrüblichen Pabig, dessen ganze Tätigkeit im Betrieb jahrelang darauf gerichtet war, revolutionäre Arbeiter zu vertreiben, ist ein Dolchstoß gegen die gesamte Metallarbeiterkassette. In einer Zeit, wo selbst die reformistische Bürokratie gezwungen war, den Metallarbeiterkassettensitz die Abschaffung des Schiedspruchs zu empfehlen, vertritt dieser Pabig im engsten Einverständnis mit den Reichsgrübeln und Händeln dieses Streikbruchprogramms. Die sozialdemokratische Bürokratie weiß sehr genau, daß die Proklamation des Pabig ein Angriff auf die Metallarbeiterfront ist. Trotzdem unterstützt sie diese

Aktion, angeblich um die Bergwerk-Proleten in Döhlen, Caubitz und Firma vor Arbeitslosigkeit zu bewahren. In Wirklichkeit ist diese Aktion ein bewußter Dolchstoß gegen die Arbeiter zu dem Zweck, den Metallindustriellen heimlich zu sein, den entscheidenden Punkt aus dem Tarifvertrag zu realisieren. Der Wortlaut dieses entscheidenden Punktes lautet bekanntlich:

„Im Wege der Vereinbarung soll es künftig möglich sein, in Betrieben, die sich in wirtschaftlicher Notlage befinden, zur Herbeiführung eines mit Verlust verbundenen Auftrags eine Vereinbarung zu treffen, die eine Kürzung der Löhne für diese Arbeit geltenden Tarifverträge vorzieht.“

Wir schreiben dazu, daß dort, wo die reformistischen Funktionäre, wie Pabig, Würfel und Co., den Betriebsrat beherrschen, diese Forderung der Kapitalisten schnellstens realisiert werden wird. Das, was wir voraus sagten, ist eingetroffen. Pabig, den wir mit benannten, ist als erster gegen die um ihre Existenz kämpfenden Metallarbeiter vorgedrungen. Unsere Voraussetzungen sind sogar schneller eingetreten als wir selbst glaubten.

Die Tatsachen beweisen den Metallarbeitern, daß die KPD tausendmal recht hat, wenn sie erklärt, die Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes der Arbeiter um ihre Existenz ist eine entschlossene revolutionäre Führung im Betrieb, die selbständig und gegen den Willen der reformistischen Bürokratie den Kampf der Arbeiter organisiert.

Wir haben die Metallarbeiter seit Beginn der Lohnbewegung darauf hingewiesen, daß sie dem frechen Vorkos der Metallindustriellen Würfel und Co. nur begegnen können, wenn sie an die Organisation selbständiger Kampfleitungen herangehen. Das Streikbruchprogramm der sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden in Döhlen behält sich selbst diese unsere Mahnung an die Metallarbeiter. Daraus gilt es die Lehre zu ziehen und überall dort, wo bisher noch keine Kampfleitung gewählt wurde, sofort an die Schaffung derselben heranzugehen. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, ebenso wie die Jungproleten, müssen zu der Bildung der Kampfleitung herangezogen werden. Sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Arbeiter, alle, die entschlossen sind, den Kampf gegen den Lohnraub aufzunehmen, müssen hier eine Einheitsfront bilden, die von vornherein ihre Aufgabe darin sieht, gegen die Unternehmernormen ebenso wie gegen deren Helfrohler anzukämpfen.

In jedem Metallbetrieb muß darüber hinaus sofort Stellung genommen werden zur Bildung von starken Betriebsgruppen der KPD, und alle Anhänger der KPD im Metallarbeiterverband müssen in den Mitgliederversammlungen und Fraktionsarbeiten verstärken, das Kampfprogramm der KPD gegen den reformistischen Arbeiterbeitrag verteidigen.

Das sind die Voraussetzungen zur Mobilisierung der Metallarbeiter gegen die sozialdemokratischen Streifbrecher. Die Lehren des Metallarbeiterkampfes in Berlin, die notwendige selbständige Führung der Kämpfe, die verstärkte Arbeit für die KPD und gleichzeitig in den reformistischen Verbänden gilt es in Sachsen praktisch anzuwenden, als einzige Voraussetzung für eine erfolgreiche Gegenoffensive der sächsischen Metallarbeiter.

Gehaltsraub an Beamten ab 1. Februar

6 Prozent Gehaltstürzung für alle Gruppen bis 1934

Berlin, 18. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Nach dem amtlichen Bericht über die Verhandlungen im Reichsrat ist in der zweiten Sitzung des Haushaltsausschusses beschlossen worden, daß die Prozentige Gehaltstürzung der Beamten mit dem 1. Februar 1934 beginnen und mit dem 31. Januar 1934 außer Kraft treten soll.

SPD-Führer sind einverstanden

Berlin, 18. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Mit Hochdruck werden im Reichsrat die Beschlüsse zu dem Kaufprogramm Brünings fertiggestellt und im wesentlichen entsprechend der Vorlage der Diktaturregierung angenommen. Die sozialdemokratischen Minister, die zum Teil persönlich anwesend sind oder als Bevollmächtigte der Koalitionsregierungen im Reichsrat sitzen, sind also mit dem Kaufprogramm Brünings im wesentlichen einverstanden.

Schändliche Arbeiterbetrüger

Zustimmung zum kommunistischen Fehlschwerdigungsantrag soll jetzt ein „Frtum“ sein!

Berlin, 18. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Zu den Verhandlungen zwischen Brüning und den SPD-Führern am vergangenen Sonnabend erfahren wir aus zuverlässiger

Quelle, daß sich die sozialdemokratischen Abgeordneten bei dieser Aussprache verpflichtet haben, im Plenum des Reichstages gegen den Fehlschwerdigungsantrag der Kommunisten zu stimmen, dem bekanntlich die SPD-Vertreter im Haushaltsausschuss „irrtümlich“ zugestimmt haben. Die SPD-Vertreter scheitern dem Hungerkämpfer Brüning ihre prinzipielle Bereitwilligkeit zu für die Notverordnung zu stimmen. Bereits in den Vorbesprechungen mit den Zentrumsvorstellern kam eine Verständigung über einige nichtlagende Veränderungen zustande.

Bauischloffer lehnen Lohnraub ab

Berlin, 18. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Gegen die kreisenden Bau- und Geldschrankloffer ist ein Schiedspruch gefällt worden, der am 1. Januar einen Abbau der Löhne und Gehälter von 3 Prozent und beim Einfrieren der Indizes unter 140 Punkte um weitere 6 Prozent festlegt. Außerdem soll die Klausel entfernt werden, nach der überzeitliche Löhne weiter gezahlt werden müssen. Die 1500 Streikenden haben dieses freche Annehmen gegen nur 16 Stimmen abgelehnt. Die Erklärungsfahrt fällt bis zum heutigen Dienstag.

Kommunisten gegen Ueberschichten

Berlin, 18. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Da das Plenum des Reichstages nach dem Beschluß der Mehrheit erst am 3. Dezember zusammentreten soll und der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages, der an sich für die Behandlung der Frage des Schiedspruchs im Ruhrbergbau zuständig ist, noch nicht konstituiert ist, hat der Genosse Torgler im Auftrag der kommunistischen Reichstagsfraktion an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses die Aufforderung gerichtet, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung als ersten Punkt folgenden Antrag der Kommunisten zu setzen:

Der Ausschuß wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, eine Verbindlichkeitsklärung des am 12. November 1930 gefällten Schiedspruchs zum Mehrarbeitszeitabkommen im Ruhrbergbau nicht vorzunehmen. Der Haushaltsausschuß tritt am 20. November zur Beratung des kommunistischen Antrages auf Aufhebung der Notverordnung zusammen.

Ausbeuter hoffen auf Stegerwald

Zehnenbarone fordern Verbindlichkeitsklärung des Arbeitszeitabkommens

Der Zehnenbarone hat den Schiedspruch zur Verlängerung des Mehrarbeitsabkommens im Ruhrbergbau und seine Verbindlichkeitsklärung beantragt. Der Schlichter ist von den Zehnenbaronen beauftragt worden, die Angelegenheit dem Reichsarbeitsministerium zu überleiten. Die Nachverhandlungen werden voraussichtlich noch diesen Monat stattfinden. Die Christlichen und der Bergarbeiterverband haben zwar diesen Schiedspruch abgelehnt, aber keine Kampfmaßnahmen für die Verabschaffung der Arbeitszeit getroffen. Sie werden sich, wie immer, so auch in diesem Falle, der eventuellen Verbindlichkeitsklärung fügen.

Streit ist die richtige Antwort

Die Belegschaft der Firma Kaufmann u. Pippmann bei Döllsbach ist wegen angelegentlichem Lohnraubes in den Streik getreten. Der Kampf steht unter der Führung der KPD.

Wilt für gegen SPD-Presse bestätigt

Fleischers Verbot der SAJ vom Reichsgericht aufgehoben

Leipzig, 18. November

Auf eine Beschwerde unseres Leipziger Bruderorgans, der SAJ, gegen das Verbot durch den SPD-Politikpräsidenten Fleischner teilt das Reichsgericht mit:

„Die Beschwerde konnte keinen Erfolg haben. Es trifft allerdings zu, daß die beanstandeten Artikel der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ auf die vorgekommenen Gewalttätigkeiten nicht näher eingehen. Aus dem Gesamtkontext der Artikel ergibt sich aber unzweifelhaft und für jeden Leser klar erkennbar, daß für die ganzen Geschehnisse, einschließlich der verübten Gewalttätigkeiten, ausdrücklich billigen und auch als rühmlich darstellend, also verherrlichend wirken.“

Das heißt also in richtigem Deutsch übertrieben, der Wilt für gegen die kommunistische Presse sind Tür und Tor geöffnet. Für die vorgekommenen Einzelheiten ist nicht eingegangen worden, und trotzdem hat Fleischner angeblich das „Recht“ für ein Verbot. Die Arbeiter müssen diesen Terror gegen die kommunistische Presse mit der intensivsten Verhetzung beantwortet. Wir appellieren an unsere Leser und Leserinnen appellieren wir, ihre ganze Kraft zur Massenwerbung für die kommunistische Presse aufzubieten.